



Tätigkeitsbericht der Landesgruppe Bremen 2025

1. Landesgruppensitzung / Wahlen

Die nächste ordentliche Mitgliederversammlung der dgs Landesgruppe Bremen wird Anfang des Jahres 2026 stattfinden. Uta Lürßen, Christina Roth-Trinkhaus und Christian Boeck sind als 1. und 2. Landesgruppenvorsitzende und Kassenprüfer seit der letzten Mitgliederversammlung am 27.02.2024 im Amt.

2. Kassenprüfung

Die letzte Kassenprüfung hat am 27.02.2024 stattgefunden. Die Kasse der dgs Landesgruppe wird im Jahr 2025 und 2026 wieder geprüft werden.

3. Öffentlichkeitsarbeit der dgs Landesgruppe Bremen

In Bremen werden im inklusiven Bildungssystem Aufgabenbereiche von Sprachberater:innen abgedeckt. Am **02.04.2025** geben Anja Levold und Uta Lürßen im Landesinstitut für Schule eine Fortbildung für Sprachberater:innen. Wir freuen uns, die Chance zu nutzen, den Personenkreis mit der dgs vertraut machen und über sprachförderlichen Unterricht ins Gespräch kommen.

Auf der Mitgliederversammlung am 27.02.2024 haben wir die Wichtigkeit von sprachheilpädagogischer Expertise und Wissen über sprachförderliche Unterrichtsgestaltung im inklusiven Bildungssystem einvernehmlich thematisiert.

Mit Sorge nimmt die dgs Landesgruppe Bremen den hohen Anteil von Sprachförderbedarfen im vorschulischen Bildungsbereich in Bremen wahr. Über 50% der Kinder in Bremer Kitas haben einen Sprachförderbedarf. Der Anteil von Kindern mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache ist im schulischen Bildungssetting hingegen unter 5%. Der Anteil der Gutachten mit dem sonderpädagogischen Förderbedarf Sprache müsste höher sein. Die dgs Landesgruppe Bremen nimmt mit Sorge wahr, dass nicht alle Kinder, die den Förderbedarf Sprache im inklusiven Bildungssystem in Bremen hätten, auch die entsprechende Förderung bekommen. Nach unserer Überzeugung ist es wichtig, die Arbeitsbereiche im vorschulischen, schulischen Bildungsbereich mit den Arbeitsbereichen „Gesundheit“ und logopädischer / sprachtherapeutischer Expertise systematisch miteinander zu verzahnen.

4. Positionspapier zur aktuellen Situation im Bildungsbereich im Bundesland Bremen

Im Dezember 2024 haben 80 Schulleitungen in Bremen eine Überlastungsanzeige, bezogen auf die aktuelle Situation im Bremer Bildungssystem, gestellt. Es wurde ein „Runder Tisch Bildung“ mit dem Bürgermeister der Senatorin für Kinder und Bildung, der Senatorin für Gesundheit sowie dem Senator für Finanzen gefordert. Die Situation im Bremer Bildungssystem wurde im regionalen Fernsehen und in der regionalen Presse thematisiert. Die dgs Landesgruppe Bremen hat, wie viele andere Verbände auch, öffentlich Stellung bezogen und ein Positionspapier zur aktuellen Situation im Bildungsbereich im Bundesland Bremen veröffentlicht (siehe Seite 2).

Am 6. Februar 2025 hat die Senatorin für Kinder und Bildung, Frau Sascha Karolin Aulepp, die Vorsitzenden der Arbeitskreise, Interessensvertretungen und Verbände zu einem persönlichen Gespräch in die Senatorische Behörde eingeladen. Die dgs Landesgruppe Bremen ist der Einladung gefolgt.



dgs Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V.

Landesgruppe Bremen

Auf der Hohwisch 52 • 28207 Bremen

dgs HB • Auf der Hohwisch 52 • 28207 Bremen

04.01.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

Positionspapier zur aktuellen Situation im Bildungsbereich im Bundesland Bremen

Der Bremer Landesverband der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V. (dgs) sieht mit großer und wachsender Sorge die Entwicklungen im Bremer Schulsystem. Die erheblichen Defizite, bei der Versorgung und Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Entwicklungsstörungen der Sprache und Kommunikation sind offensichtlich.

Wir schließen uns als dgs Landesverband Bremen nicht nur nachdrücklich den untenstehenden Analysen und Forderungen des Bremer Landesverbandes, Verband Sonderpädagogik e.V. (vds) an, sondern zeigen aus sprachheilpädagogischer, sprachtherapeutischer und logopädischer Perspektive eklatante Problemlagen und Schlussfolgerungen auf.

Das Bundesland Bremen hat sich im Zuge der Ratifizierung der UN-BRK mit der Schulgesetznovelle 2009 ein im Ländervergleich fortschrittliches Inklusionsverständnis implementiert und dies durch maßgebliche Umstrukturierungen in der Schullandschaft realisiert.

Politisches Ziel war es, Bildungsgerechtigkeit und Teilhabe für alle Schüler:innen in einer zunehmend mehrsprachigen und diversen Gesellschaft zu sichern und auszubauen.

Trotz der gesetzlichen Fortschritte stellen wir als Verband zur Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Entwicklungsbedarfen und -störungen der Sprache und Kommunikation gravierende Missstände fest, die den angestrebten Zielen zuwiderlaufen.

In den letzten 15 Jahren der bremischen Inklusion ist es nicht gelungen, maßgeblich Bildungsgerechtigkeit zu realisieren.

Mitglied:

Bureau International
d' Audio Phonologie (BIAP)
Deutsche Gesellschaft
für Sprach- und Stimmheilkunde
Deutsche Vereinigung für die
Rehabilitation Behinderter e.V.
Bundesvereinigung
Stotterer-Selbsthilfe e.V.
Bundesverband für die
Rehabilitation der Aphasiker e.V.
didacta-Verband
Bundesarbeitsgemeinschaft
für Behindertenpädagogik (BAG)
www.dgs-ev.de

dgs Landesgruppe Bremen
luerssen@dgs-ev.de





Positionspapier zur aktuellen Situation im Bremer Bildungssystem, Seite 2

Derzeitige Defizite sind offensichtlich. Dazu zählen unter anderem:

- Der eklatante Personal- und Fachkräftemangel u.a. im Bereich der Sonder- und Inklusionspädagogik der Schulen, der in besonders herausfordernden Regionen nicht zu akzeptierende Notsituationen mit sich bringt.
- Die Klassenfrequenzen steigen und gleichzeitig werden wichtige Koalitionsvereinbarungen nicht eingehalten, z.B. indem dringend notwendige Doppelbesetzung in Grundschulen nicht realisiert wurden.
- Schüler:innen mit Sprachförderbedarf resp. Sprachentwicklungsstörungen benötigen häufig das erste Schuljahr, um sich im Schulsetting zurecht zu finden. Ein Großteil der Unterrichtsinhalte, vor allem der Erstunterricht im Lesen und Schreiben, erreicht diese Kinder ohne intensive sonderpädagogisch- sprachheilpädagogische Unterstützung nicht, weshalb eine Klassenwiederholung als unausweichliche Maßnahme getroffen werden muss. Dies stellt die Schulen aufgrund der hohen Klassenfrequenzen vor neue Herausforderungen. Darüber hinaus führen Misserfolgserlebnisse und das Gefühl, schulische Anforderungen nicht erfüllen zu können, zu erheblichen Entwicklungsrisiken im sozial-emotionalen Bereich. Die daraus resultierende Sekundärsymptomatik, wie z.B. unangepasstes Verhalten oder Rückzug in die Schulvermeidung, verschärft die Problematik und wirkt sich negativ auf die weitere Schullaufbahn aus.
- Massiv steigende Beratungsbedarfe der Schulen können von den Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ) nicht gedeckt werden.
- Verschärft wird dies dadurch, dass im Bereich der Logopädie, der ambulanten sprachtherapeutischen Versorgung von Kindern und Wartezeiten von mehreren Monaten bis Jahre, bedingt durch Fachkräftemangel sowie durch sozial bedingte Faktoren, die den Zugang zur logopädischen Versorgung erschweren.
- Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass laut aktueller Umfrage 78 % der Bremer Bevölkerung mit der derzeitigen Situation im Bildungsbereich im Bundesland Bremen unzufrieden sind. Die sozio-kulturellen und sozio-ökonomischen Herausforderungen im Bundesland Bremen, die sich u.a. in der bundesweit höchsten Armutsquote von 29,1% widerspiegeln (vgl. Armut und Inflation, Paritätischer Armutsbericht 2024) erfordern in besonderer Weise Anstrengungen in den Bereichen Bildung, Soziales, Gesundheit und Finanzen. Bremen darf sich weitere Negativschlagzeilen aus vielerlei Gründen nicht leisten.

Bremen kann weiterhin nur als relevanter Wirtschaftsstandort wahrgenommen werden und zukunftsweisend existieren, wenn durch ein entsprechend funktionierendes, qualitativ hochwertiges ausgestattetes Bildungs- Kitasystem für Erwerbstätige aller Bereiche attraktiv bleibt und wenn Kinder und Jugendliche hinreichend für den Übergang in die Berufsfähigkeit qualifiziert werden. Die aktuelle Situation duldet keinen weiteren Aufschub. Die Auswirkungen der bestehenden Missstände auf die gesellschaftliche Entwicklung in Bremen sind bereits massiv und werden sich weiter verstärken, wenn nicht umgehend gehandelt wird. Die Verantwortung liegt klar im strategischen politischen Handeln.



Positionspapier zur aktuellen Situation im Bremer Bildungssystem, Seite 3

Der Bremer Landesverband der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V. (dgs) fordert gemeinsam mit weiteren Verbänden daher den Bremer Senat und alle politischen Verantwortlichen dazu auf, Bremer Kinder und Jugendlichen wieder bzw. unabdingbar in den Fokus zu nehmen. Bildung muss als zentraler Zukunftsbaustein absolute Priorität eingeräumt werden.

Dazu ist es unter Anderem notwendig:

- die Bildungsausgaben pro Schüler:innen ab sofort zu erhöhen (z.B. über ein Sondervermögen Bildung), um sich die erforderlichen Standards der anderen Stadtstaaten zu erreichen,
- transparent zu kommunizieren, wie der Bremer Senat dem jetzigen und bevorstehenden deutlichen Anstieg der Schüler:innen-Zahlen konzeptionell und finanziell begegnen wird,
- die Verantwortlichkeit der Resorts strukturell und effizienter zu bündeln, so dass Kinder und Familien besser versorgt, gefördert und unterstützt werden,
- **die Sicherstellung der Sprachgesundheit von Kindern und Jugendlichen in Bremen erfordert eine qualitativ hochwertige fachschulische Ausbildung und akademische Bildung von Logopäd:innen,**
- **Logopäd:innen als festen Bestandteil eines jeden Kollegiums an Schulen zu etablieren,**
- **die akademische Ausbildung von Inklusionspädagog:innen mit dem Förderschwerpunkt Sprache für alle Schulstufen zu intensivieren.**

Der Bremer Landesverband der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V. bietet seine Expertise beim geplanten „Runden Tisch“ zum Thema „Stärkung der Bremer Bildung“ unter Beteiligung des Bremer Bürgermeisters, der Leitungen der Ressorts Finanzen, Gesundheit, Soziales und Bildung, der jeweils Verantwortlichen in der Bremer Senatskanzlei, und der bildungspolitischen Sprecher:innen der Parteien an.

Als Fachverband bieten wir Ihnen für alle Bemühungen unsere Unterstützung an und stehen für den fachlichen Austausch gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüße

Uta Lürßen, 1. Vorsitzende

Christina Roth-Trinkhaus, 2. Vorsitzende

Deutsche Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V., Landesgruppe Bremen



5. Presseerklärung

Die dgs Landesgruppe Bremen hat sich an der Presseerklärung beteiligt, die der Vorsitzende der Bremer Schulleitervereinigung, Herr Achim Kaschub verfasst hat. Folgende 10 Arbeitskreise, Interessensvertretungen und Verbände haben die nachfolgende **Presseerklärung** unterzeichnet:

- Arbeitskreis der Direktorinnen und Direktoren der beruflichen Schulen im Lande Bremen
- bak Lehrerbildung Landesverband Bremen
- Bildungswende jetzt
- Bremer Philologenverband
- Eine Schule für Alle e.V.
- Grundschulverband Landesgruppe Bremen
- Landesgruppe Bremen der Deutschen Gesellschaft für Sprachheilpädagogik e.V.
- Schulleitungsvereinigung Bremen e.V.
- Verband der Lehrer und Lehrerinnen der beruflichen Schulen im Land Bremen
- Verband Sonderpädagogik e.V. Landesverband Bremen

Presseerklärung:

Der „Runde Tisch Bildung“ wird nur mit Beteiligung des Bürgermeisters und der verantwortlichen Ressorts eine runde Sache Die Senatorin für Kinder und Bildung hat für den 29. Januar 2025 zu einem ersten „Runden Tisch Bildung“ einladen. Der Bürgermeister und die Senator:innen der Ressorts Gesundheit, Finanzen und Gesundheit werden fehlen. Herr Bovenschulte macht bessere Bildung in Bremen also nicht zur Chefsache. Eine bessere finanzielle Ausstattung der Schulen und eine bessere Vernetzung von Unterstützungsleistungen von Kindern und Jugendlichen, die bereits jetzt dringend gebraucht wird, werden durch das Fehlen der Verantwortlichen in einem bildungsressortintern organisierten „Runden Tisch Bildung“ nicht Thema sein können. Somit bleibt trotz des Engagements von Frau Aulepp alles, wie es jetzt schon ist. Die Schulen Bremens sind massiv unterversorgt, sie platzen aus allen Nähten und es werden zukünftig noch deutlich mehr Kinder Schulplätze brauchen, die in den vorhandenen Schulen nicht zu schaffen sind. Eine geordnete Finanzierung und Planung für neue Schulen und den Ausbau vorhandener Standorte bleibt aus, da die dazu nötigen Entscheidungsträger nicht am Tisch sitzen werden. Wir befürchten, dass am 29.01.2025 eine Veranstaltung ins Leben gerufen wird, die die Missstände in den Schulen eher weiterhin verharmlosen wird, anstatt die nötigen radikalen Veränderungen zu initiieren. Daher stellen wir klar, dass ein bildungsressortinterner „Runder Tisch Bildung“ nicht zu dem Erfolg führen kann, der nötig ist, um einen Kollaps des Bremer Bildungssystems zu verhindern. Die Forderungen der beteiligten Verbände, die im Übrigen häufig weder eingeladen wurden noch eine Antwort auf Ihre Stellungnahme erhalten haben, waren andere. Eine Übernahme gemeinsam getragener Verantwortung für das Wohl Bremer Kinder und Jugendliche duldet keinen Aufschub. Dafür haben wir uns als Verbände und Interessensvertretungen eingesetzt. Was Frau Aulepp nun plant, ist zwar beachtenswert, hat aber nichts mit dem zu schaffenden Gremium zu tun, welches wir verlangt haben. Die einzige Konsequenz, die wir sehen, ist daher einer etwaigen Einladung für den 29.01.2025 ablehnend gegenüber zu stehen und erneut auf die Erfüllung der von uns benannten gemeinsamen Forderungen zu bestehen, die da lauteten:

- *die Bildungsausgaben pro Schüler ab sofort so zu erhöhen (z.B. über ein Sondervermögen Bildung), dass sie sich den Standards der anderen Stadtstaaten Hamburg und Berlin schrittweise anpassen,*



- *transparent zu kommunizieren, wie der Bremer Senat dem jetzigen und bevorstehenden deutlichen Anstieg der Schüler:innenzahlen konzeptionell und finanziell begegnen wird,*
- *die Verantwortlichkeit strukturell und effizient zu bündeln, so dass Soziales, Gesundheit, Kinder und Bildung von Kindern und Jugendlichen in einem Ressort organisiert werden.*

Diese Forderungen münden weiterhin in der Konsequenz sofort einen „Runden Tisch“ zum Thema „Stärkung der Bremer Bildung“ einzurichten unter Beteiligung des Bremer Bürgermeisters, der Leitungen der Ressorts Finanzen, Gesundheit, Soziales und Bildung, der jeweils Verantwortlichen in der Bremer Senatskanzlei und der bildungspolitischen Sprecher:innen der Parteien. Für uns als Initiator:innen eines „Runden Tisches Bildung“ ist die Form, die die Senatorin für Kinder und Bildung nun gewählt hat, nicht zielführend. Wir fordern, dass Herr Bovenschulte seiner Verantwortung als Bürgermeister endlich gerecht wird und Bildung zur Chefsache macht.

6. Veranstaltung: *Schule unter sozialer Benachteiligung*

Am 26.03.2025 findet die Veranstaltung *Schule unter sozialer Benachteiligung, Querschnittsaufgabe für alle Ressorts und grundlegende Herausforderung für die Bremer Landespolitik* in der Aula der Oberschule Am Leibnizplatz statt. Herr Prof. Dr. Stephan Ellinger, Universität Würzburg wird einen Impulsvortrag mit dem Titel halten *Nachhaltig benachteiligt, Wie Kinderarmut Schule macht!* Herr Prof. Ellinger ist an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, Lehrstuhl für Pädagogik bei Lernbeeinträchtigungen in der Fakultät für Humanwissenschaften tätig. Auf dem Podium werden Expert:innen aus Gesundheit, Kultur, Soziales und Bildung über die gemeinsame Verantwortung diskutieren. Die aufgeführten Verbände werden ihre fachlichen Positionen dort vertreten. Frau Anja Levold wird die dgs Landesgruppe Bremen bei der Veranstaltung vertreten. Der Vorstand der dgs Landesgruppe dankt Frau Levold ausdrücklich für die Wahrnehmung der Aufgabe. Die Ankündigung der Veranstaltung ist als Plakat auf der Seite 7 eingefügt.



Das Bündnis aus 17 Bremer Initiativen, Verbänden und Interessensvertretungen laden ein!



Schule
unter sozialer
Benachteiligung

Querschnittsaufgabe
aller Bremer Ressorts
und grundlegende
Herausforderung
Bremer Landespolitik

26.03.2025

Aula der Oberschule am
Leibnizplatz

18:00 Uhr

Impulsvortrag: Nachhaltig benachteiligt: Wie Kinderarmut Schule macht!
von Prof. Dr. Stephan Ellinger Uni Würzburg

Anschließend
Podiumsdiskussion: Fachleute aus den Bereichen Gesundheit, Kultur, Soziales und Bildung
diskutieren über die gemeinsame Verantwortung



7. **dgs LG HB in der LAG-Sprache**

Uta Lürßen ist in der Landesarbeitsgruppe Sprache der Senatorischen Behörde (Die Senatorin für Kinder und Bildung) im Bereich Frühkindliche Bildung vertreten und war Mitglied im Redaktionsteam, das die Konzeption „**Gezielte alltagsintegrierte Sprachförderung im Elementarbereich Übergang von der Kita in die Grundschule**“ für die Stadt Bremen überarbeitet hat. Die Veröffentlichung der Broschüre erfolgte im Januar 2024 als Neuauflage. Die Broschüre ist unter: [Sprachbildung - Die Senatorin für Kinder und Bildung](#) herunterladbar. Der Link zur Broschüre ist: <https://www.bildung.bremen.de/sixcms/media.php/13/Sprachf%C3%B6rderung%2010052024pdf.pdf>

8. **Save the Date**

Der 36. dgs Bundeskongress wird vom 24. bis 26. September 2026 in Oldenburg stattfinden. Nähere Informationen sind im Jahr 2026 unter www.dgs-ev.de und www.dgs-bundeskongress.de einzusehen.

9. **Delegierter / Delegierte für den nächsten Bundeskongress**

Bei der Mitgliederversammlung im Jahr 2026 wird ein Delegierter / eine Delegierte für Bremen für die Delegiertenversammlung, die im September 2026 im Rahmen des nächsten dgs Kongresses stattfindet, gewählt.

Dr. phil. Uta Lürßen